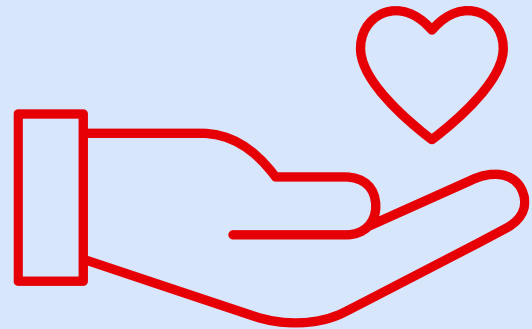


# Brennpunkt

Nr. 03/2025



## Engagementstrategie für eine resiliente, soziale und starke Gesellschaft

Eine Engagementstrategie, die Menschen zusammenbringt, um die großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu bewältigen, ist dringend nötig. Engagement ist eine wichtige Säule für sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe. In Zeiten, in denen demokratische Spielregeln und Institutionen in Frage gestellt werden und vielen sozialen Diensten und Einrichtungen angesichts des Arbeitskräftemangels und der Kürzung öffentlicher Haushalte der Kollaps droht, braucht es ein starkes von der Gesellschaft getragenes Engagement mehr denn je. Krisen und Katastrophen werden in Deutschland häufiger auftreten. Zudem ist es geboten, das Land auf die Auswirkungen bewaffneter Konflikte vorzubereiten. Eine nachhaltige Engagementstrategie sollte und kann all dies berücksichtigen. Dabei sollte die Priorität auf dem Erhalt und dem Ausbau der Engagementstrukturen liegen, mit denen die Resilienz der Bevölkerung längerfristig gestärkt wird. In diesem Sinne skizziert das DRK im Folgenden zentrale Ansätze und empfiehlt eine dringende Umsetzung.

### Grundzüge einer nachhaltigen Engagementstrategie

Durch gezielte Maßnahmen sind Engagementformen zu unterstützen, die sich positiv im Hinblick auf die Bewältigung der großen Herausforderungen und Trends auswirken. So haben die gemeinsame und nachbarschaftliche Bewältigung der sich abzeichnenden Pflegekrise oder die Bereitschaft, im Hochwassereinsatz an den richtigen Stellen anzupacken, beispielsweise eine besondere Qualität. Denn hier geht es um Daseinsvorsorge und Schutz der Bevölkerung. In der Pflege werden neue Versorgungssettings notwendig sein, die ohne nachbarschaftliche und zivilgesellschaftliche Unterstützung nicht auskommen werden. Das gilt auch in der Jugendhilfe, in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen sowie in anderen Arbeitsfeldern der Wohlfahrtspflege. An der Frage, inwieweit es gelingt, genau das zu organisieren, hängt nichts weniger als das gesellschaftliche Wohlergehen.

Dabei – und das gilt für das Engagement im sozialen und gesundheitlichen Bereich ebenso wie für den Bevölkerungsschutz – steigen die Anforderungen an das Erweitern von Kenntnissen und Fähigkeiten. Deswegen sollte eine Engagementstrategie den Bedarf an Schulungen, Qualifizierungen und Fortbildungen für ehrenamtlich Engagierte zwingend berücksichtigen.

Schließlich kann Engagementförderung auch Demokratieförderung sein, wenn demokratisch verfasste Organisationen im Mittelpunkt stehen. Im DRK ist jeder Ortsverein gelebte Demokratie, die im DRK-Gesamtverband zu einem demokratischen Miteinander wird. Deswegen sind die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und die anerkannten Hilfsorganisationen in besonderer Weise „vordemokratische“ Organisationen mit hoher Bedeutung für die Akzeptanz demokratischer Regeln in der gesamten Gesellschaft. Für die Verbände ist es wegen des demografischen Wandels und zunehmender finanzieller Schwierigkeiten aufgrund rückläufiger Finanzierungsquellen immer schwieriger, die Voraussetzungen für gesellschaftliches Miteinander im Alltag und in Krisen immer wieder neu herzustellen. Sie benötigen Stabilität und Personal, dessen Finanzierung sie häufig nicht mehr sicherstellen können.

Notwendig ist letztlich eine nachhaltige und resiliente Engagementpolitik, die selbstverständlich Leuchtturmprojekte und spontane Initiativen unterstützen kann, deren Schwerpunkt jedoch auf einer dauerhaft angelegten Unterstützung der Verbände und ihrer Aktivitäten in der Bevölkerung ausgerichtet sein muss. Schließlich ist die effizienteste und wirksamste Engagementpolitik eine solche, die nicht den Staat mit seinen eigenen Behörden, Stiftungen und Agenturen in den Mittelpunkt stellt, sondern zivilgesellschaftlichen Akteuren einen auskömmlichen Rahmen schafft.

Die Bundesregierung hat eine Engagementstrategie vorgelegt (siehe Seite des BMFSFJ: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/engagement-staerken/engagementstrategie-des-bundes-222072>, aufgerufen am 05.02.2025), die auf die Setzung von Akzenten und Schwerpunkten verzichtet und stattdessen Einzelaktivitäten aufzählt. Eine Vision, ein Ineinandergreifen der Maßnahmen ist nicht zu erkennen, obwohl das DRK sich im Erarbeitungsprozess mehrfach intensiv eingebracht hat. Die Bundesregierung ist aufgefordert, neu anzusetzen und die Weichen neu zu stellen.

## **Ein Jahr für die Gesellschaft auf den Weg bringen**

Junge Menschen konsequenter dafür zu gewinnen, sich für das Gemeinwohl einzubringen, wird eine zentrale Frage und Aufgabe sein. Im DRK-Konzept eines Jahres für die Gesellschaft würden alle jungen Menschen angeschrieben und erhalten eine (digitale) Peer-to-Peer-Beratung zu zivilgesellschaftlichen Engagementmöglichkeiten. Sowohl die sozialen und gesundheitlichen Angebote als auch der Bevölkerungsschutz würden nachhaltig gestärkt. Diejenigen, die sich für ein Jahr einbringen, werden nach einheitlichen Standards anerkannt und bekommen ein Freiwilligendienstgeld, angelehnt an den BAföG-Satz. Freiwilligendienste erhalten eine verbindliche staatliche Finanzierung, die auch den Aufbau von Beratungsstrukturen sowie die pädagogische Begleitung umfasst. Die Kosten sind mit unter 2,7 Mrd. Euro zu veranschlagen.

## **Ehrenamtskoordination fördern**

Dass eine Vielzahl Ehrenamtlicher im Hochwasser hilft, dass überall im Land Menschen sich in Gemeinschaftsunterkünften engagieren, dass sportliche und kulturelle Großereignisse mit geschulten ehrenamtlichen Einsatzkräften medizinisch und psychosozial abgesichert werden, all dies ist keine Selbstverständlichkeit. Es braucht Koordinierung und Organisation. Denn wer sich einbringt, will (zu Recht) feste Ansprechpersonen vorfinden und verbindliche Absprachen treffen. Dafür braucht es Ehrenamtskoordinationen, die vor Ort mit personellen Kapazitäten ausgestattet sind. Darüber hinaus steigen die fachlichen Anforderungen, und in der ehrenamtlichen Arbeit wird hohe Qualität erwartet. Die Verbände brauchen Unterstützung für Qualifizierungen, Schulungen und Fortbildungen. Hier ist eine Strukturförderung für die Verbände notwendig, die im ersten Ausbauschnitt mit 35 Mio. Euro zu veranschlagen ist.

## Ehrenamtliches Engagement im DRK

- Das DRK hat 2,5 Mio. Fördermitglieder und 453.000 aktive Ehrenamtliche. Der größte Teil ist in den ehrenamtlichen Gemeinschaften organisiert:
- Die DRK-Bereitschaften mobilisieren bundesweit rund 170.000 Ehrenamtliche in 8.000 Gruppen. Sie werden u.a. bei Katastrophen eingesetzt und trainieren ganzjährig für ihre Einsätze. Sie sichern Großveranstaltungen, versorgen Verletzte nach Verkehrsunfällen, leisten psychologische Hilfe für Betroffene suchen nach Verschütteten mit Spürhunden.
- Die DRK-Bergwacht ist mit rund 12.000 Mitgliedern die größte Bergrettungsorganisation in Deutschland. Rund 5.000 Aktive stellen den Bergrettungsdienst im Gebirge und in unwegsamem Gelände.
- Die DRK-Wasserwacht hat 155.000 Mitglieder, sichert mit 3.000 Wachstationen deutsche Badegewässer und rettet Menschenleben. Sie bildet Schwimmerinnen und Schwimmer jeden Alters aus.
- Das Jugendrotkreuz ist der eigenverantwortliche Jugendverband im DRK. Rund 140.000 Mitglieder von 6 bis 27 Jahren bringen sich in rund 5.500 Gruppen bundesweit ein. Sie engagieren sich für Gesundheit, soziale Gerechtigkeit, Frieden, internationale Völkerverständigung, Umweltschutz sowie humanitäre Wertevermittlung.
- Die DRK-Gemeinschaft Wohlfahrts- und Sozialarbeit ist überall dort aktiv, wo ehrenamtliches Engagement in den sozialen und gesundheitlichen Angeboten des DRK stattfindet. Einige Angebote sind zudem rein ehrenamtlich getragen. Dazu zählen soziale Hilfen wie Tafeln, Kleiderläden oder Anlaufstellen für Obdachlose sowie Gesundheitskurse, mit denen wöchentlich rund 300.000 Menschen erreicht werden.

Quelle: DRK-Jahrbuch 2023

## Helfergleichstellung endlich vollziehen

Die rechtliche Gleichstellung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den anerkannten Hilfsorganisationen wie dem DRK sowohl mit den Einsatzkräften von Feuerwehren und THW wie auch insgesamt im Bundesgebiet ist überfällig. Gerade in herausfordernden Situationen wie einer Flutkatastrophe ist es essenziell, gleiche Rechte und Leistungen für alle ehrenamtlichen Einsatzkräfte im Bevölkerungsschutz im Bundesgebiet gleich zu gewährleisten. Über 90 Prozent des Engagements im Bevölkerungsschutz ist ehrenamtlich getragen. Im Hinblick auf rechtliche Freistellungsansprüche, Ersatzleistungen und soziale Absicherung – auch für Aus- und Fortbildung sowie Übungen und in den Einsatzfällen ohne Feststellung des Katastrophenfalles – dürfen keine unterschiedlichen Regelungen für Einsatzkräfte der Hilfsorganisationen mehr gelten.

## Resilienz in der Bevölkerung stärken

Engagement ist wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Resilienz. Um die Selbst- und Nachbarschaftshilfe als Teil des Engagements für einen stabilen Bevölkerungsschutz zu berücksichtigen, müssen Projekte wie eine Erste Hilfe mit Selbstschutzhilfen ausgebaut werden. Hier bleibt der Bund nach wie vor hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Im Kontext Pflege steht sogar seit vielen Jahren eine Umsetzung des gesetzlich festgelegten Vorhabens, Laien zur Intervention und Unterstützung zu befähigen, komplett aus. Eine Engagementstrategie sollte vor dem Hintergrund einer selbstwirksamen, resilienten Bevölkerung neben spontanen, ungebundenen Helfenden auch vorregistrierte Personen mit entsprechender niedrigschwelliger Qualifizierung berücksichtigen.

Die sicherheitspolitische Lage hat sich verschärft. Eine Vorbereitung auf bewaffnete Konflikte muss sich engagementpolitisch widerspiegeln. Es ist neben den bereits genannten Aspekten entscheidend, die Resilienz der Bevölkerung u.a. durch Ausbildung in Erster Hilfe und Reanimation und durch Selbstschutz zu stärken. Gerade in der Breitenausbildung kann das DRK eine noch größere Rolle spielen, wenn die Rahmenbedingungen dies ermöglichen (siehe auch Brennpunkt 04/2024 [Das deutsche Gesundheitssystem auf bewaffnete Konflikte vorbereiten](#)).

## Engagement für Soziales und Katastrophenschutz im Arbeitsleben integrieren

Es wird darauf ankommen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, ehrenamtlich erworbene Kompetenzen und Qualifikationen in der Arbeitswelt anzuerkennen. Ehrenamtliche Tätigkeiten, insbesondere im Bereich Soziales und Bevölkerungsschutz, vermitteln oft Fähigkeiten wie Teamarbeit, Krisenmanagement und Führungsqualitäten, die auch im Berufsleben von großem Wert sind.

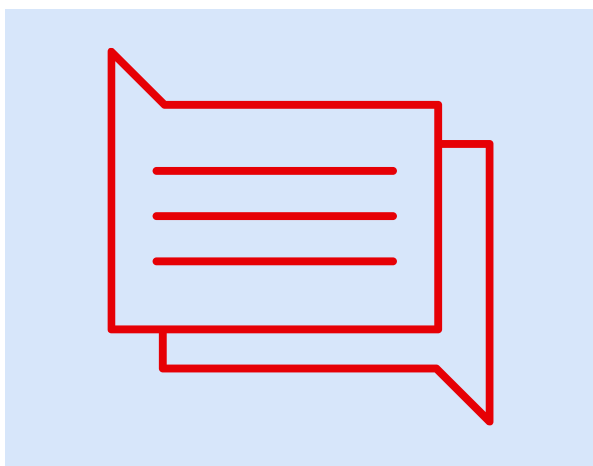
Arbeitgeber, die ihre Mitarbeitenden für gesellschaftlich relevantes Engagement freistellen, verdienen besondere Wertschätzung und Unterstützung. Sinnvoll sind entsprechend steuerliche Anreize oder finanzielle Entlastungen für Unternehmen, die soziales Engagement ihrer Beschäftigten aktiv fördern. Gleichzeitig sollte die Politik Programme entwickeln, die ehrenamtlich engagierte Mitarbeitende – und damit auch deren Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber – sichtbar machen und fördern, etwa durch Auszeichnungen oder Förderinitiativen. Unternehmen, die Ehrenamtliche beschäftigen, sollen von der Politik besser in ihrer Rolle als Partner für gesellschaftlichen Zusammenhalt unterstützt werden. Die Förderung von ehrenamtlichem Engagement im Arbeitskontext stärkt nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern trägt auch zur Qualifizierung der Arbeitskräfte bei und steigert die Attraktivität verantwortungsvoller Unternehmen. Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollten gemeinsam Wege finden, ehrenamtliches Engagement als festen Bestandteil des Arbeitslebens zu integrieren.

## Ressort- und parteiübergreifendes Handeln

Eine nachhaltige Engagementpolitik unterstützt die zivilgesellschaftlichen Strukturen und Ansätze, die bereits vorhanden sind und die sich im Alltag ebenso wie in Katastrophen und Krisen bewähren. Dabei ist zu betonen, dass die Aufgaben für die anerkannten Hilfsorganisationen und die Wohlfahrtsverbände seit Jahren wachsen, während die Finanzierung stellenweise bröckelt und sich Nachwuchs und Personalbesetzungsprobleme immer mehr zeigen.

Zu einer Unterstützung der Verbände gehört der Respekt vor gesellschaftlicher Selbstorganisation und Subsidiarität. Konkret bedeutet das, dass Förderprogramme so ausgestaltet sein müssen, dass die Verbände ausreichend Gestaltungsspielraum haben und dass bürokratische Restriktionen so weit wie möglich reduziert werden. Schließlich sollten die Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen im politischen Prozess deutlich mehr Gehör finden. Sie vertreten laut Statistik der in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Verbände rund drei Millionen ehrenamtlich Engagierte. Darauf gründen sie ihre engagementpolitische Perspektive, deren Einbeziehung von zentraler Bedeutung ist. Allein aus der Verwaltung heraus kann keine wirksame Engagementstrategie und damit -politik entwickelt werden.

**Joß Steinke und Annabelle Behnke,**  
DRK-Generalsekretariat  
Berlin, den 27. März 2025



**Führen Sie die Debatte  
mit uns weiter unter  
[drk-wohlfahrt.de](https://www.drk-wohlfahrt.de)**

**JETZT MITDISKUTIEREN**